



SPD

**BESCHLÜSSE
DES AUßERORDENTLICHEN
BUNDESPARTEITAGS**

VOM 19. MÄRZ 2017 IN BERLIN

Beschlussbuch

a.o. Bundesparteitag am 19. März 2017 in Berlin

I. Tabellarische Übersicht der überwiesenen Anträge

	Antragsteller	Überschrift	Beschluss	Seite
So1	<i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Europa für die kleinen Leute erfahrbar machen	(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2017)	3
So2	<i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Finanzstabilität in der Europäischen Union stärken	(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2017)	3
So3	<i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Vertrauensbildung durch nachhaltige Bewertung von Aktiva in den Unternehmensbilanzen	(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2017)	3
So4	<i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Erhöhung Sicherheit durch Aufbau einer einheitlichen Datenbank für alle Menschen, die sich als nicht EU Bürger (zukünftig auch die Briten) in der EU aufhalten	(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2017)	4

II. Überwiesene Anträge

Antragsbereich So/ Antrag 1

Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2017)

Europa für die kleinen Leute erfahrbar machen

LKW Fahrer sind Arbeitnehmer, die in Europa einem besonders harten Wettbewerb um ihre Löhne ausgesetzt sind. Eine französisch-deutsche Initiative für einen einheitlichen Tarifvertrag im Verkehrssektor, der in beiden Ländern gilt, würde den LKW Fahrern materiell helfen. Dadurch, dass fast alle kleinen Leute einen LKW Fahrer in ihrem Umfeld kennen, würde diese
5 europäische Verbesserung in dieser Bevölkerungsgruppe positiv bekannt.

Antragsbereich So/ Antrag 2

Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2017)

Finanzstabilität in der Europäischen Union stärken

Finanzdienstleistungen dürfen in der EU nur von Unternehmen angeboten werden, die von der europäischen Finanzaufsicht bzw. den nationalen Aufsichtsbehörden der EU-Staaten kontrolliert werden. Die Finanzaufsicht außerhalb der EU (z. B. USA, zukünftig GB) ist als nicht gleichwertig anzusehen. Unternehmen, die Finanzdienstleistungen anbieten, müssen entsprechend ihrem Risiko Eigenkapital vorhalten. Garantien, Derivate oder Bürgschaften von
5 Unternehmen außerhalb der EU dürfen nicht angerechnet werden. Umgekehrt dürfen Unternehmen, die Finanzdienstleistungen in der EU anbieten, keine Garantien, Derivate oder Bürgschaften für Finanzinstitute außerhalb der EU übernehmen.

Antragsbereich So/ Antrag 3

Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2017)

Vertrauensbildung durch nachhaltige Bewertung von Aktiva in den Unternehmensbilanzen

Verlegung des für die Rechnungslegung zuständigen privatrechtlich organisierten International Accounting Standards Board (IASB) von London zu einer dem Europaparlament direkt unterstellten Behörde in Straßburg mit der Verpflichtung, die Bilanzierungsvorschriften für die Aktiva den nachhaltigen Ertragschancen anzupassen und allgemein dem Unternehmenserhalt einen größeren Stellenwert einzuräumen. Die vom Europaparlament dann verabschiedeten Bilanzierungsgrundsätzen können vom Europäischen Rat nur mit qualifizierter Mehrheit
5 zurückgewiesen werden.

Antragsbereich So/ Antrag 4

Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2017)

Erhöhung Sicherheit durch Aufbau einer einheitlichen Datenbank für alle Menschen, die sich als nicht EU Bürger (zukünftig auch die Briten) in der EU aufhalten

- 5 Aufbau einer Behörde in Straßburg, die direkt vom Europaparlament kontrolliert wird, in der alle Menschen, die nicht als Touristen oder Geschäftsreisende sich in der EU aufhalten und keinen Pass eines EU Mitgliedsstaates besitzen, registriert werden. Der europaweit einheitliche Ausweis kann in einem Fall einen Asylantragsteller, einen Geduldeten, einen mit dauerhaften Aufenthaltserlaubnis (z. B. Türken, die in den sechziger Jahren nach Deutschland kamen) oder einen Austauschstudenten legitimieren. Durch den einheitlichen Ausweis und die Datenbank werden Mehrfachidentitäten vermieden. Die EU hat jederzeit einen Überblick, wer sich in der EU aufhält.